

Beschluss des 65. Bundeskongresses der Europa-Union
vom 09.10.2022

"Das Weimarer Dreieck – Gemeinsame Verantwortung im Europa der Zukunft"

Gut dreißig Jahre nach seiner Gründung im August 1991 erfüllt das von Deutschland, Frankreich und Polen begründete Weimarer Dreieck heute lediglich die Funktion eines unverbindlichen außenpolitischen Gesprächsformats. Es fehlt – auch unabhängig von den derzeit amtierenden Regierungen – die klare Vision für eine aktivere politische Rolle zur Weiterentwicklung Europas, es mangelt an weiterreichenden Verpflichtungen. Um eine permanente und sich vertiefende Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck sicherzustellen, sollten folgende Schritte in Angriff genommen werden:

- eine stärkere zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit: Städtepartnerschaften, Jugendbegegnungen und die Intensivierung des gegenseitigen Sprachenerwerbs zwischen allen drei Staaten müssen besonders gefördert werden.
- die Aufnahme von Gesprächen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen zur Weiterentwicklung des Weimarer Dreiecks;
- eine Vertiefung der bisherigen Erklärung nach dem Vorbild des Aachener Vertrages, der als neuer deutsch-französischer Freundschaftsvertrag den Elysée-Vertrag ergänzt hat. Eine entsprechende Fortführung zum Weimarer Dreieck muss verbindliche regelmäßige Konsultationen beinhalten, und zwar auf Ebene der Regierungschefs, der Fachministerien und der Parlamente.
- eine stärkere Zusammenarbeit aller drei Staaten im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, der Europapolitik, der Inneren Sicherheit, der Bildung, in Umwelt- und Klimafragen. Bestehende Hindernisse für grenzüberschreitende Vorhaben sollen beseitigt werden. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Wirtschaft, Soziales, Gesundheit, Energie und Transport.
- eine Stärkung der Verwaltungszusammenarbeit und die Einrichtung entsprechender finanzieller Instrumente.